

Antrag

der Abgeordneten Dr. Guido Westerwelle, Dr. Heinrich L. Kolb, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Informationsangebot der Bundesregierung barrierefrei gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dass diese zukünftig ihr gesamtes Informationsangebot für Bürgerinnen und Bürger so gestaltet, dass es auch für behinderte Bürgerinnen und Bürger möglichst vollständig nutzbar ist.

Dies gilt insbesondere für Menschen mit Seh- oder Hörbehinderung.

Das schließt neben dem Internetangebot auch die von den Ressorts produzierten Informationen in Form von Printmedien sowie Audio- und Videoträgern ein.

Über den Sachstand ihrer Maßnahmen legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag innerhalb von sechs Monaten einen Bericht vor.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seinen Willen ebenfalls zukünftig sein eigenes Informationsangebot in diesem Sinne barrierefrei zu gestalten.

Berlin, den 8. Mai 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Alle staatlichen Stellen müssen mit Vorbildcharakter die barrierefreie Gestaltung ihres Informationsangebotes vornehmen, um behinderten Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere für das Angebot der Bundesregierung.

Damit können auch Anbieter und Dienstleister des privaten Sektors sowie andere Ebenen von Staat und Verwaltung motiviert werden, diesem Beispiel zu folgen.

